D1-Ä1-G Die Ukraine und Europa entschlossen verteidigen (Globalalternative)

Antragsteller*in: Luise Amtsberg (KV Kiel)
Tagesordnungspunkt: 6. Verschiedenes

Antragstext

Der großangelegte russische Überfall auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 markiert eine brutale, für die Sicherheit Europas hochgefährliche Zäsur auf unserem Kontinent. Es handelt sich um einen gezielten Bruch des Völkerrechts und den Versuch, die Europäische Friedensordnung zu zerstören, Grenzen gewaltsam zu verschieben und Gewalt als Ordnungsprinzip durchzusetzen. Russland ist verantwortlich für millionenfaches Leid, für Gewalt und den Tod von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in der Ukraine.

Wir verurteilen aufs Schärfste die unter anderem von den Vereinten Nationen dokumentierten, zahlreichen Kriegsverbrechen Russlands in der Ukraine. Gezielte Angriffe auf Wohnhäuser, zivile Infrastruktur, Tötung von Zivilistinnen und Zivilisten, sexualisierte Gewalt gegen Kinder, Frauen und Männer, das Forcieren von Hunger und Kälte, Folter, Deportationen und Verschwindenlassen von Menschen werden von den russischen Verantwortlichen bewusst und gezielt zur Kriegsführung eingesetzt. Bisher wurden nach ukrainischen Angaben knapp 20.000 ukrainische Kinder ihren Familien entrissen und nach Russland und Belarus deportiert. Russland hat weitere Gebiete der Ukraine völkerrechtswidrig annektiert und deren Bewohnerinnen und Bewohner seiner autoritären Herrschaft unterworfen. Es geht der russischen Führung um die Vernichtung der Ukraine - eines Landes mit über 40 Millionen Bürgerinnen und Bürgern, ihrer Sprache, Identität und Kultur.

Bündnis 90/Die Grünen in Schleswig-Holstein verurteilen den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Für den Frieden in Europa und darüber hinaus ist es essenziell, dass die Ukraine diesen Verteidigungskampf gewinnt und ihre volle territoriale Integrität und Souveränität wiedererlangt. Wir verneigen uns vor den Ukrainerinnen und Ukrainern, die tapfer und entschlossen ihr Land und zugleich die Freiheit und Hoffnung auf Frieden in Europa verteidigen.

Wir stehen fest und unverbrüchlich an der Seite der Ukraine und fordern vor diesem Hintergrund von der Bundesregierung folgende Maßnahmen:

1. Deutschland darf in seiner Unterstützung für die Ukraine nicht nachlassen. Die humanitäre Unterstützung der Ukraine muss sich weiter an der Lage der ukrainischen Zivilbevölkerung orientieren. Die militärische Unterstützung muss konsequent an den Bedarfen der ukrainischen Streitkräfte vor dem Hintergrund der russischen Kriegsführung ausgerichtet werden. Der russische Krieg und seine Folgen für Deutschland und Europa müssen zu einer Neuausrichtung unserer Haushaltspolitik und einer Reform der Schuldenbremse führen.

2. Militärhilfen im für die Verteidigung und Wiederherstellung der vollständigen territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine erforderlichen Maße müssen bereitgestellt werden. Dies beinhaltet die Lieferung von weitreichenden Waffensystemen, wie z.B. den Marschflugkörper Taurus, und Munition, um die Ukraine einerseits in die Lage zu versetzten, völkerrechtskonforme, gezielte Angriffe auf strategisch relevante Ziele im

rückwärtigen Bereich des russischen Aggressors zu ermöglichen und andererseits die Landstreitkräfte mit der Lieferung von gepanzerten Kampfsystemen und geschützten Fahrzeugen weiter zu stärken.

3. Es muss sichergestellt werden, dass die notwendigen Ersatzteile für alle gelieferten Rüstungsgüter in ausreichender Anzahl für die Instandsetzung geliefert werden, um die Durchhaltefähigkeit der Ukraine zu ermöglichen. Weiterhin müssen die eigenen Kapazitäten für die Rüstungs- und Munitionsproduktion mittels langfristiger Abnahmezusagen und Verpflichtungsermächtigungen erhöht sowie international nachhaltig abgestimmt werden, um die Ukraine mit den benötigten Rüstungsgütern zu versorgen, die Instandsetzung und Wartung gelieferter Güter sicherzustellen und die an die Ukraine ausgelieferten Güter für die Bundeswehr schnellstmöglich nachbeschaffen zu können.

4. Deutschland muss beim bereits angelaufenen Wiederaufbau der Ukraine eine Rolle einnehmen, die seiner wirtschaftlichen Kraft und seiner internationalen Verantwortung gerecht wird. Die ukrainisch-deutschen Partnerschaften der Städte und Gemeinden spielen beim dezentralen Wiederaufbau bereits eine zentrale Rolle und müssen weiter gestärkt werden. Der Wiederaufbau der Ukraine soll wirtschaftlich, finanziell, technisch und partnerschaftlich unterstützt werden. Im Wiederaufbauprozess ist für eine starke Einbindung der Zivilgesellschaft und insbesondere von Frauen Sorge zu tragen. Auf Ebene der EU muss sich die Bundesregierung für einen Wiederaufbau der Ukraine einzusetzen, der die Verschuldungsproblematik des Landes nicht weiter verschärft.

5. Um das unermessliche Leid der Menschen in der Ukraine zu lindern, muss Deutschland weiterhin umfangreiche humanitäre Hilfe und entwicklungspolitische Unterstützung für die Ukraine bereitstellen. Dazu gehört es, die medizinische und psychosoziale Infrastruktur der Ukraine langfristig weiter zu unterstützen und die Aus- und Weiterbildung ukrainischer Gesundheitsfachkräfte sowie Psychotherapeutinnen und -Therapeuten vor dem Hintergrund der vielfarbigen Kriegstraumata zu stärken. Das deutsche weltweite Engagement für humanitäres Minen- und Kampfmittelräumen als zweitgrößter bilateraler Geber begrüßen wir; es muss entlang der Bedarfe weitergeführt werden.

6. Wir begrüßen die internationalen Anstrengungen, die Verantwortlichen für den Angriffskrieg gegen die Ukraine und die zahllosen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Die nationalen und internationalen Aktivitäten zur Dokumentation von Völkerrechtsverbrechen in der Ukraine müssen weiter unterstützt werden.

7. Deutschland muss ein öffentliches Bewusstsein über die Desinformationskampagnen und Meinungsmanipulationen als Instrumente der hybriden Kriegsführung Russlands schaffen und diese wirksam bekämpfen.

8. Die militärische, humanitäre und entwicklungspolitische Unterstützung der Ukraine durch die Bundesregierung soll auf der nächsten Sitzung des Länderrats diskutiert und nach Möglichkeit ein gemeinsamer Beschluss zur Unterstützung der Ukraine verabschiedet werden.

Unterstützer*innen

Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg); Samet Yilmaz (KV Kiel); Louisa Wiethold (KV Kiel); Aminata Touré (KV Neumünster)